



## **Begründung:**

Zum 01.01.1999 tritt die neue Insolvenzordnung in Kraft. Sie bietet verschuldeten Verbraucher/innen zum ersten Mal die Möglichkeit, sich unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb von sieben Jahren von ihren Schulden zu befreien. Das ist jedoch an Bedingungen und Regelungen gebunden, die als Rahmenbestimmungen vorliegen, für die in Niedersachsen das entsprechende Ausführungsgesetz jedoch noch im Verfahren ist.

Bei der Finanzierung der im Rahmen der neuen Insolvenzordnung erforderlichen Tätigkeiten geht der Gesetzentwurf davon aus, daß nach § 5 Abs. 2 eine Fallfinanzierung gem. der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vorgenommen werden soll. Das würde für den Bereich der Stadt Emden bei den vom Niedersächsischen Städtetag vorgenommenen Berechnungen Einnahmen von rund 31.000,- DM bedeuten. Grundlage für diese Berechnung sind ca. 1.400 überschuldete Haushalte und damit ca. 200 überschuldete Personen im Insolvenzverfahren. Diese Zahlen sind jedoch nur Schätzungen und können erst durch die Praxis bestätigt oder korrigiert werden.

Da die Tätigkeiten der Insolvenzberatung als kostenreduzierend für den Sozialhaushalt gesehen werden kann, z.B. dadurch, daß Arbeitsplätze gesichert werden, indem die Schuldnerberatung mit Arbeitgebern Vereinbarungen trifft, die dahin gehen, Arbeitgeber als Drittschuldner auszuschließen, ist eine Bezuschussung im Rahmen des § 17 BSHG als sinnvoll anzusehen.

Schuldnerberatung kann neben Beratungsstellen und Rechtsanwälten auch jede geeignete Person und natürlich auch die Kommune selbst wahrnehmen. Letztere soll jedoch nach der vorgesehenen Gesetzesregelung von der fallbezogenen Finanzierung ausgenommen werden.

Es ist im Interesse der Stadt Emden, daß eine erfahrene Beratungsstelle sich diesem Aufgabengebiet widmet, da zudem neben der reinen Insolvenzberatung eine längerfristige Sozialberatung als erforderlich angesehen wird, so daß die Arbeit der Beratungsstelle unbefristet gesichert sein muß. Befristete Lösungen sind unpraktikabel, weil Schuldnerberatung zunächst den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses notwendig macht und in vielen Fällen Beratungsprozesse über sehr lange Zeiträume erforderlich sind.